

## **Stellungnahme der GKKE zum**

„Bericht der Bundesregierung für ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsexporte im Jahr 2005 (Rüstungsexportbericht 2005)“

1. Die GKKE begrüßt, dass die Bundesregierung am 27. September 2006 ihren siebten Rüstungsexportbericht vorgelegt hat. Sie korrigiert damit eine Praxis ihrer Vorgänger, die Berichterstattung immer weiter vom Berichtszeitraum zu entfernen. Allerdings hat sich der Deutsche Bundestag als Adressat des Berichts bislang noch nicht einmal mit dem Report zum Jahr 2004 auseinandergesetzt, der am 15. Januar 2006 erschienen war.
2. Die GKKE bewertet positiv, dass der Bericht in einzelnen Bereichen auch politische Linien auszieht, die die Bundesregierung im Berichtsjahr verfolgt hat. So informiert er ausführlich über Schritte, den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte aus dem Jahr 1998 zu erweitern und zu vertiefen. Davon soll insbesondere das Kriterium Acht des Kodex profitieren, das fordert, bei der Genehmigung von Rüstungsausfuhren auf ein angemessenes Verhältnis von Rüstungsausgaben und Entwicklungsanstrengungen in einem Empfängerland zu achten.
3. Ferner unterstützt die Bundesregierung die Bestrebungen, den Verhaltenskodex zu einem Gemeinsamen Standpunkt des Rates aufzuwerten und ihm dadurch mehr Verbindlichkeit zu verleihen. Die GKKE wird beobachten, ob die Bundesregierung während ihrer EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 dazu initiativ wird. Das gilt auch für die Zusage Deutschlands, sich gemeinsam mit anderen EU-Staaten für die Verhandlung eines internationalen Vertrags über Waffenhandel einzusetzen. Schon die UN-Generalversammlung dieses Jahres bietet Gelegenheit, den Bestand dieser Zusage zu erproben.
4. Die gegenwärtige Bundesregierung will die „Politischen Grundsätze“ ihrer Vorgänger aus dem Jahr 2000 und den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte von 1998 als Grundlage ihrer eigenen Genehmigungspraxis übernehmen. Allerdings sieht sich die GKKE anhand des Zahlenwerks über die vollzogenen Ausfuhren von Kriegswaffen und die erteilten Rüstungsausfuhrgenehmigungen im Jahr 2005 in ihrer Einschätzung bestätigt, dass diese bislang wenig geeignet waren, Rüstungsausfuhren wirksam einzudämmen.
5. Die Glaubwürdigkeit der Absichtserklärung seitens der jetzigen Bundesregierung und ihrer Vorgänger, Rüstungsexporte restriktiv zu genehmigen, steht nach Ansicht der GKKE weiter in Zweifel. Ausweislich der vorgelegten Daten sind die Ausfuhren von Kriegswaffen im Jahr 2005 mit einem Wert von 1,6 Milliarden € gegenüber dem Vorjahr, als sie 1,12 Milliarden € betragen hatten, um 0,5 Milliarden € gestiegen. Machten sie im Jahr 2004 etwa 0,15 Prozent der deutschen Gesamtausfuhren aus, erreichten sie im Jahr 2005 einen Anteil von 0,26 Prozent und damit den höchsten Stand seit 1999. Dabei gibt unmittelbar Anlass zur Sorge, dass der Anteil von Lieferungen an NATO- und

EU-Staaten (bzw. diesen gleichgestellten) von 71 auf 64 Prozent zurückgegangen und der der Drittländer auf 36 Prozent gestiegen ist. Der Anteil der von der Bundesregierung so genannten „klassischen Entwicklungsländer“ beträgt im Jahr 2005 circa 12,6 Prozent. Im Blick auf die Verbreitung von Kleinwaffen weist die GKKE darauf hin, dass der Genehmigungswert von deutschen Ausfuhren militärisch nutzbarer kleiner und leichter Waffen von 8,17 Millionen € im Jahr 2004 auf 12,57 Millionen € im Jahr 2005 angewachsen ist. Entwicklungsländer erhielten 15 Prozent der Genehmigungen (im Jahr 2004: 5 Prozent). Dies steht im Widerspruch zum politischen Bemühen Deutschlands, der Verbreitung dieser Kategorie von Waffen Einhalt zu gebieten.

6. Den gleichen negativen Eindruck vermitteln die Angaben zu den genehmigten Rüstungsausfuhren insgesamt. So erreichen Einzelausfuhrgenehmigungen im Jahr 2005 einen Wert von 4,2 Milliarden € (2004: 3,8 Milliarden €; 2003: 4,9 Milliarden €). Hier haben NATO- und EU-Staaten einen Anteil von 61 Prozent, die Drittländer von 39 Prozent (2004: 28 Prozent), darunter die „klassischen Entwicklungsländer“ von 22 Prozent (2004: 11 Prozent).
  
7. Die Bundesregierung behauptet bei der Veröffentlichung ihres Berichtes, bei den Genehmigungen sei sichergestellt, „dass deutsche Rüstungsexporte nicht zur Verschärfung von Krisen beitragen“. Ausweislich der für das Jahr 2005 vorgelegten Daten zu den Rüstungsausfuhren stellt die GKKE fest, dass Rüstungsgüter deutscher Herkunft in Konfliktregionen des Nahen Osten ebenso gegenwärtig wie Teil der Rüstungsdynamik auf dem indischen Subkontinent sind. Selbst der Irak hat sich zu einem relevanten Abnehmer deutscher Lieferungen entwickelt. Damit konterkariert die Bundesregierung ihre eigenen restriktiven Rüstungsexportrichtlinien.  
Die GKKE begrüßt allerdings, dass der Genehmigungswert von deutschen Rüstungslieferungen an China im Jahr 2005 auf einen Wert von 42.000 € gesunken ist. (2004: 882.890 €; 2003: 1 Million €).
  
8. Die GKKE wird im Dezember 2006 ihren eigenen Rüstungsexportbericht vorlegen. Er ordnet die deutschen Rüstungsausfuhren in den Zusammenhang der Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ein.

Frankfurt, 28.09.2006

Dr. Bernhard Moltmann

Vorsitzender der Fachgruppe „Rüstungsexporte“ der GKKE